

***Große Anfrage der Fraktion der CDU******Sperrung von Webseiten mit kinderpornografischem Inhalt***

Die Fälle der Beschaffung von Kinderpornografie im Internet sind im vergangenen Jahr um 111 % gegenüber 2006 gestiegen. Der Anteil der im Netz gezeigten misshandelten Kinder zwischen drei und sechs Jahren liegt inzwischen bei 40 %. Zugleich häufen sich im Internet Bilder, auf denen Kinder besonders schwer missbraucht werden. Ein Großteil der Kinderpornografie wird über kommerzielle Webseiten verwaltet.

Die Internetprovider sollten dringend verpflichtet werden, den Zugang zu kinderpornografischen Inhalten zu blockieren. Derartige Maßnahmen werden – teils schon seit Jahren – in Skandinavien, Italien, der Schweiz, Neuseeland, Großbritannien, Südkorea, Kanada und Taiwan durchgeführt. Eine Sperrung durch den Internetprovider (sogenanntes Access-Blocking) verhindert beispielsweise in Norwegen täglich rund 15 000 Zugriffsversuche auf kinderpornografische Webseiten. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Internetprovider zur Sperrung von Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten ist nicht absehbar.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Strafverfahren wegen § 184 b und c StGB (Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften) gab es im Land Bremen seit 2002? Bei wie vielen dieser Verfahren bestand ein Bezug zum Internet?
2. Wie wurden diese Verfahren beendet (Urteil, Einstellung, Strafbefehl)?
3. Wie hoch ist die Aufklärungsquote?
4. Gibt es Hinweise auf Opfer aus dem Land Bremen?
5. Wie viele Beamte des Landeskriminalamtes Bremen sind für Aufklärung dieser Straftaten zuständig?
6. Werden im Land Bremen proaktive Fahndungsmaßnahmen im Internet durchgeführt?
7. Ist eine ausreichende technische Ausstattung für eine derartige Verfolgung vorhanden?
8. Welche sonstigen Präventionsmaßnahmen werden durchgeführt?
9. Wie bewertet der Senat die bestehenden rechtlichen und technischen Möglichkeiten, um den Zugang zu Internetseiten mit kinderpornografischem Inhalt zu unterbinden oder die Inhalte löschen zu lassen?
10. Wie bewertet der Senat den Vorschlag des Bundeskriminalamtes, eine gesetzliche Grundlage für das sogenannte Access-Blocking in Deutschland zu schaffen?
11. Wird der Senat eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen?

Wilhelm Hinners, Dieter Focke,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU